

Osterweiterung und Lissabonisierung: Die neue EU-Strukturpolitik und deren Folgen für die Bundesrepublik Deutschland

Ingo Schorlemmer



Ingo Schorlemmer

1. Auswirkungen europäischer Strukturpolitik auf die nationale Ebene

Am 1. Januar 2007 begann ein neuer Planungszeitraum für die Strukturpolitik¹ der Europäischen Union (EU), ein Politikfeld, das von Beginn an Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland hatte und noch immer hat. Gründe für diese Effekte gibt es mehrere. Strukturpolitik bezieht sich auf den Binnenmarkt, weshalb die Auswirkungen dieses Politikfeldes im gesamteuropäischen wie nationalstaatlichen Kontext spürbar sind. Genauer: Strukturpolitik ist ein Ausgleich für Marktversagen. Zwar war das Ziel der Überwindung regionaler Unterschiede schon in der Präambel des EWG-Vertrags festgehalten und in der Einheitlichen Europäischen Akte und im Art. 158 EG-Vertrag noch einmal bekräftigt. Dennoch erlangte die europäische Strukturpolitik bis zur Einheitlichen Europäischen Akte nur wenig Bedeutung (Dinan 2000: 46). Mit einem Marktversagen, wie es heute vielfach konstatiert wird, wurde nicht gerechnet. Man vertraute auf die Wirkung des Binnenmarktes, der mit seiner Dynamik die regionalen Unterschiede der Gemeinschaft überwinden helfen sollte. Hinzu kommt, dass in den sechs Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft regionale Unterschiede begrenzt waren, lässt man den

italienischen Süden einmal außen vor (Deissler 2002: 32). Mit den Erweiterungen nahmen die regionalen Unterschiede allerdings deutlich zu (Deissler 2002: 32), während gleichzeitig im Zuge der wirtschaftlichen Integration protektionistische Hürden wegfielen. Die Regionen des Binnenmarktes fanden sich in ungeschützter Konkurrenz zu anderen Regionen wieder. Strukturpolitik als „wirtschaftliche Interessenpolitik“ (Sturm/Pehle 2005: 330) gewann folglich an Bedeutung.

Während einerseits das Bedürfnis der Regionen nach Interessenpolitik zunahm, spielte andererseits die Europäische Kommission seit den 1990er Jahren in der Strukturpolitik eine immer bedeutendere Rolle. Sie gibt auch heute noch die konkrete Ausgestaltung des Politikfeldes vor, kontrolliert die Höhe der Ausgaben, bestimmt die territoriale Verteilung der Mittel, definiert die Empfänger dieser Mittel und die Ziele, für welche die Gelder ausgegeben werden dürfen. Daneben hat die Kommission die Möglichkeit, mittels der Kontrolle staatlicher Beihilfen nach Artikel 87 EG-Vertrag Einfluss auf die Regionalpolitik der Mitgliedstaaten auszuüben. Zu starke Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt durch eigene nationale oder regionale Zielsetzungen in der Strukturpolitik kann die Kommission auf diese Weise verhindern.

Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten und deren Regionen hat das Politikfeld Regionalpolitik auch deshalb,

Die Regionen des Binnenmarktes fanden sich in ungeschützter Konkurrenz zu anderen Regionen wieder.

Strukturpolitik ist ein Ausgleich für Marktversagen.

weil es mitunter stark politisiert ist. Schon die Frage, ob eine Region überhaupt förderwürdig ist, kann politisch definiert sein (Sturm/Pehle 2005: 326). Gerade Deutschland als größter Nettozahler der EU ist immer weniger bereit das EU-Budget unbegrenzt weiter aufzustocken und hat sich in den Verhandlungen deshalb darauf verlegt, wenigstens einen Teil der Gelder, die nach Brüssel überwiesen werden, wieder zurückzubekommen (Sturm/Pehle 2005: 326).

Effekte hat die europäische Strukturpolitik außerdem auf die Machtverteilungen und Verhandlungsprozesse innerhalb des deutschen Föderalismus. Strukturpolitik in Deutschland fand anfangs auf zwei Ebenen statt. Die Länder zeichneten alleine für die Strukturpolitik verantwortlich, der Bund beteiligte sich lediglich finanziell (Deissler 2002: 25). Nach der Verfassungsreform im Mai 1969 wurde aus dieser Konstellation die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Artikel 91a des Grundgesetzes sieht seitdem ein Mitwirkungsrecht des Bundes vor, was eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Folge hatte. Durchführung und Mittelvergabe obliegt weiterhin den Ländern (Deissler 2002: 26). Zusätzlich können die Länder eigene Regionalförderprogramme durchführen, beispielsweise um Ziele zu fördern, die sie in der Gemeinschaftsaufgabe nicht hatten unterbringen können (Deissler 2002: 28).

Durch die zunehmende Bedeutung Europas für die Strukturpolitik erweiterte sich das innerdeutsche Mehrebenenspiel um eine europäische Ebene. Dies hatte zunächst eine Koordination der regionalen bzw. nationalen Strukturpolitik einerseits sowie der europäischen Regionalpolitik andererseits zur Folge. Diese Koordination fand in den 1990er Jahren in dieser Form ihr Ende. Bei der Reform der europäischen Strukturfonds im Jahr 1993 monierte die Kommission die Bindung der EU-Fördermittel an die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, so dass es zu einer begrenzten Entkop-

plung von regional-nationaler und europäischer Strukturpolitik in Deutschland kam (Sturm/Pehle 2005: 328). Dies war auch im Sinne einiger ostdeutscher Länder, die sich von einer Trennung der Fördersysteme die Möglichkeit erhofften, eigene Schwerpunkte setzen zu können (Anderson 1996: 178ff.). Besonders das Partnerschaftsprinzip in der Strukturpolitik ermöglicht es den Ländern, eigene Zielsetzungen mitunter ohne Beteiligung des Bundes direkt in Verhandlungen mit Brüssel durchzusetzen. Regionalpolitik wäre damit ein Mittel von Kommission, Bund und Ländern, um nach Themenfeld wechselnde Koalitionen zu schließen und auf diese Weise Interessen, Macht und Parteipolitik auszutarieren (Sturm/Pehle 2005: 318).

Darüber hinaus bietet die europäische Regionalpolitik gerade den Ländern die Möglichkeit an Gelder zu bekommen, die ansonsten unerreichbar wären. So qualifizieren sich selbst die reichen Länder Baden-Württemberg und Hamburg, die keine Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe erhalten (Deutscher Bundestag 2007: 23), für eine Förderung aus den Strukturfonds der Europäischen Union.

2. Der neue Planungszeitraum 2007-2013

Mit dem am 1. Januar 2007 beginnenden neuen Planungszeitraum, der bis 2013 reicht, haben sich zwei wichtige Neuerungen ergeben: Erstens ist die Strukturpolitik künftig den Zielen des Lissabon-Prozesses untergeordnet und zweitens ist das zur Verfügung stehende Budget nach der Ausweitung des Fördergebietes als Folge der EU-Osterweiterung² knapper bemessen.

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Durch die zunehmende Bedeutung Europas für die Strukturpolitik erweiterte sich das innerdeutsche Mehrebenenspiel um eine europäische Ebene.

2.1 Der Lissabon-Prozess

Auf einer Sondertagung hatte der Europäische Rat am 23. und 24. März 2000 in Lissabon ein ambitioniertes Programm beschlossen: Bis zum Jahr 2010 solle die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, „einem Wirtschaftsraum der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (Europäischer Rat 2000: 2). Um dieses strategische Ziel erreichen zu können, führte die EU die Methode der offenen Koordinierung als Instrument mittelbarer Politikabstimmung (Bauer/Knöll 2003: 33) ein. Zunächst sollten auf Unionsebene übergreifende Leitlinien sowie qualitative und quantitative Indikatoren und Benchmarks festgelegt werden. Anschließend sollten die nationalen und regionalen Ebenen daraus konkrete Ziele ableiten, deren Erreichen durch regelmäßige Überwachung, Bewertung und gegenseitige Prüfung sichergestellt werden sollte (Europäischer Rat 2000: 12). Ziel war und ist es also, innerhalb eines vorgegebenen Rahmens einen Wettbewerb um die besten Konzepte („best practices“) zu starten, um Lernprozesse in den schwächeren Staaten in Gang zu setzen.

Doch schon fünf Jahre später stellte die Kommission der Union in ihrer Halbzeitbilanz des Lissabon-Prozesses ein schlechtes Zeugnis aus Europa habe das Veränderungspotenzial der Lissabon-Strategie nicht voll ausgenutzt, die bisher erzielten Fortschritte reichten nicht aus (Europäische Kommission 2005a: 5). Bereits ein Jahr zuvor hatte der Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz des früheren niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok das Gleiche konstatiert (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 6) und vorgeschlagen, „sich auf Wachstum und Beschäftigung zu konzentrieren, um den sozialen Zusammen-

halt und die nachhaltige Entwicklung zu stützen“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 45).

Neue Ziele in der Strukturpolitik

Die Neuausrichtung der Lissabon-Strategie mit den Schwerpunkten Wachstum und Beschäftigung entfaltete ihre Wirkungen auch in den Strukturprogrammen. Die Kommission schlug vor, dass ihr Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung künftig das entscheidende Kriterium der Programme sein solle (Europäische Kommission 2006: 8).

Entsprechend wurden die bisherigen Ziele der Regionalpolitik neu ausgerichtet. An die Stelle des bisherigen Zieles 1, das sich auf die Entwicklung und Strukturanpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand bezog, trat nun das Ziel „Konvergenz“. Eine einschneidende Änderung war dies nicht, fallen darunter doch weiterhin Regionen, die von einem niedrigen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, geringen Beschäftigungszahlen und hoher Erwerbslosigkeit geprägt sind. Gefördert werden im neuen Planungszeitraum etwa 100 Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts der Jahre 2000-2002 beträgt. Weiteren 16 Regionen wurde ein „Phasing-out“-Status zuerkannt. Dieser Status ist Folge des statistischen Effekts, d.h. der Tatsache, dass mit der EU-Osterweiterung im Mai 2004 das EU-BIP – und damit der Referenzwert für die Förderwürdigkeit – deutlich abgesunken ist. Regionen, die in der EU-15 weiterhin unterhalb der 75%-Schwelle gelegen hätten und nach der Erweiterung allein wegen des statistischen Effekts aus der Förderung gefallen wären, wurden deshalb Übergangsgelder zugesprochen.

Das alte Ziel 2, das die wirtschaftliche und soziale Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen betroffen hatte, ist nun breiter gefasst und heißt jetzt „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. Darunter fallen 155 Regionen, die zusammengenommen

Bis zum Jahr 2010 solle die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden.

„Konvergenz“

„Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

zwar ein relativ hohes BIP und eine relativ niedrige Erwerbslosenquote aufweisen, deren Wachstum allerdings gering ist und die bezüglich der Beschäftigungsquoten weit unter der Lissabon-Zielvorgabe von 70 Prozent (Europäischer Rat 2000: 10) liegen.

„Europäische
Territoriale
Zusammenarbeit“

Das alte Ziel 3 sollte die Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme der Mitgliedstaaten anpassen und modernisieren. Dies ist nun Teil des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. Das dritte Ziel des neuen Planungszeitraums ist die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“, in der die frühere Gemeinschaftsinitiative INTERREG aufgeht.³ Dieses Ziel, auf das mit rund 6,8 Milliarden Euro nur rund 2,5 Prozent der Fördermittel entfallen⁴, soll hier nicht eingehender betrachtet werden.

Die dargestellten Kriterien für die Förderwürdigkeit aus Mitteln der EU-Strukturfonds machen deutlich, dass es keine Region in Europa gibt, die nicht in irgendeiner Weise als förderwürdig gelten kann – ein erneuter Beweis, dass Förderwürdigkeit ein „politisch“ verhandelbares Kriterium darstellt.

„Nationales
Reformprogramm“

Für Deutschland bedeutet dies Neu-einteilung der Ziele, dass die westdeutschen Regionen mit Ausnahme der Region Lüneburg unter das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, die ostdeutschen Regionen und die Region Lüneburg unter das Konvergenzziel fallen. Allerdings wirkt sich bei Letzteren der statistische Effekt aus: So sind lediglich die Regionen Brandenburg-Nordost, Mecklenburg-Vorpommern, Chemnitz, Dresden, Dessau, Magdeburg und Thüringen noch „echte“ Konvergenz-Regionen, während die Regionen Brandenburg-Südwest, Lüneburg, Leipzig und Halle Phasing-Out-Status besitzen⁵. Damit erhalten diese Regionen zu Beginn des neuen Planungszeitraums nur noch 85 Prozent der Konvergenz-Mittel, die eine voll geförderte Region bekommt. Dieser Anteil reduziert sich bis 2013 weiter auf 60 Prozent.

Neben diesen finanziellen Auswirkungen durch die veränderten Strukturfonds-Ziele bedeutet die Unterordnung der Strukturpolitik unter die Ziele von Lissabon, dass auch Deutschland als Mitgliedstaat seine Programme am Lissabon-Prozess auszurichten hat. Damit gehen dem Bund und den Ländern Gestaltungsspielräume verloren, da sie die Ausrichtung ihrer Programme an den Zielen Wachstum und Beschäftigung nachweisen müssen. Ansonsten laufen sie Gefahr, dass die Kommission die Programme nicht genehmigt. Dies kann dann der Fall sein, wenn zu wenige Mittel für diese beiden Ziele zur Verfügung gestellt und zu viele Mittel für andere Maßnahmen verwendet werden.

Neue Abläufe in der Planung

Durch den Lissabon-Prozess haben sich auch die Abläufe der Planung der Strukturpolitik geändert. So hatte der Bund nach der Methode der offenen Koordinierung – ausgehend von den Lissabon-Zielen und den Integrierten Leitlinien der Gemeinschaft – einen nationalen Rahmen zu definieren, an dem sich wiederum die Programme der Länder auszurichten hatten. Am 7. Dezember 2005 legte die Bundesregierung ihr „Nationales Reformprogramm“ vor, in dem sie die Lissabon-Ziele auf den nationalen Kontext überträgt. Dabei sieht die Bundesregierung Deutschland vier Herausforderungen gegenüber: dem technologischen Wandel, der Globalisierung, dem demografischen Wandel und den Folgen der deutschen Wiedervereinigung (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 1). Aus dieser Bestandsaufnahme leitet sie sechs Strategien ab, um auf diese Herausforderungen zu reagieren. Erstens soll verstärkt in die Wissensgesellschaft investiert werden, zweitens sollen Märkte liberalisiert und die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessert werden. Drittens sollen die Finanzen des Bundes auf eine gesunde Basis gestellt werden

sowie viertens wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit gewahrt werden. Fünftens sollen Innovationen in der Umwelttechnologie als Wettbewerbsvorteil genutzt werden und schließlich sechstens mit Reformen am Arbeitsmarkt Flexibilität gefördert werden (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 2).

Auf diesem Nationalen Reformprogramm baut der Nationale Strategische Rahmenplan (NSRP) auf, den der Bund am 23. Januar 2007 vorlegte. Darin stellt er seine Entwicklungsstrategie vor und konkretisiert sie für die drei Ziele der Strukturfonds (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2007). Der NSRP bildet zugleich den Rahmen der Operationellen Programme des Bundes und der Länder, in denen die Zielerreichung durch Output-Indikatoren weiter konkretisiert und dadurch für eine Erfolgsmessung auch quantitativ überprüfbar gemacht wird und in denen die Umsetzung der strategischen Oberziele auf die jeweiligen regionalen Bedingungen zugeschnitten wird.

Die späte Vorlage des NSRP erlaubte allerdings keine aufeinander folgende, d.h. stufenweise Erarbeitung des NSRP und der daraus abgeleiteten Operationellen Programme von Bund und Ländern⁶. Deshalb waren die Länder gezwungen, ihre Operationellen Programme ohne diesen strategischen Überbau zu entwickeln, um sie noch rechtzeitig der Kommission zur Genehmigung vorlegen zu können.

2.2 Veränderte Geldmittel nach der Osterweiterung

Neben der Umgestaltung der Strukturfondsziele und den veränderten Abläufen in der Ausarbeitung der Implementation in den Mitgliedstaaten und deren Regionen haben sich auch die zur Verfügung stehenden Geldmittel verändert. Zwar stiegen sie im Vergleich zum Planungszeitraum 2000-2006 von 195 Mil-

liarden Euro (in Preisen von 1999)⁷ auf 347 Milliarden Euro (in aktuellen Preisen)⁸ an. Gleichzeitig erweiterte sich aber das Fördergebiet um zehn neue EU-Mitglieder, die allesamt unter das Konvergenzziel fallen. Für dieses Ziel wird mit 283 Milliarden Euro (81,5 Prozent der Strukturfondsmittel) der Löwenanteil ausgegeben, für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ stehen 55 Milliarden (knapp 16 Prozent) zur Verfügung. Die neuen Mitgliedstaaten erhalten in der neuen Programmperiode 166 Prozent mehr Mittel als im abgelaufenen Planungszeitraum, während die EU-15-Staaten rund 30 Prozent weniger erhalten werden.⁹

Deutschland selbst wird im Vergleich zum vorangegangenen Planungszeitraum rund vier Milliarden Euro weniger Förderung erhalten. Nach derzeitigen Preisen entfallen auf Deutschland im gesamten Zeitraum 2007-2013 26,3 Milliarden Euro. Davon erhalten die Konvergenzregionen rund 11,9 Milliarden Euro, die Phasing-Out-Regionen 4,2 Milliarden Euro sowie die Regionen im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ rund 9,4 Milliarden Euro.¹⁰ Der Vergleich mit der Förderung im Zeitraum 2000-2006 macht deutlich, dass vor allem die Konvergenzregionen deutlich weniger Geld erhalten. Sie waren inklusive der Übergangunterstützung ehemaliger Ziel-1-Gebiete im vorangegangenen Zeitraum noch auf rund 20 Milliarden Euro (in Preisen von 1999)¹¹ gekommen, die Gebiete der Ziele 2 und 3 erhielten zusammengenommen rund 8 Milliarden Euro. Die Konsequenz aus den sinkenden Förderungen ist, dass die Mittel zielgerichteter eingesetzt werden müssen.

3. Wer sind die Gewinner, wer sind die Verlierer?

Aufgrund der Spärlichkeit an Informationen, die über die Veröffentlichungen

von Kommission, Bund und Ländern hinausgehen¹², und der Tatsache, dass die Implementation der Programme noch nicht einmal richtig begonnen hat, können Bewertungen jedoch kaum mehr sein als ein erstes vorsichtiges Zwischenfazit.

Zu den Verlierern zählen vor allem die ostdeutschen Regionen, die von der deutlichen Reduzierung der Fördergelder betroffen sind.

Gerade in Bezug auf die Finanzmittel scheint die Gewinner-Verlierer-Rechnung denkbar einfach zu sein. Zu den Verlierern zählen vor allem die ostdeutschen Regionen, die von der deutlichen Reduzierung der Fördergelder betroffen sind. Damit scheint der Grundgedanke der Strukturpolitik, nämlich rückständige Regionen zu unterstützen und dort auf diese Weise einen Aufholprozess in Gang zu setzen, ein Stück weit auf den Kopf gestellt. Denn vom Mittelnrückgang besonders betroffen sind gerade diejenigen deutschen Regionen, die relativ gesehen auch mehr aufzuholen haben.

Mithilfe der starken Zielorientierung scheint die Kommission ihre herausgehobene Stellung bei der Ausrichtung der Strukturpolitik zu festigen.

Jedoch sind die abnehmenden Mittelzuweisungen eine unvermeidbare Folge der EU-Osterweiterung. Sollen die neu hinzugekommenen Gebiete an den Fördermitteln partizipieren, ohne dass den alten Fördergebieten Einbußen entstehen, hätte dies eine Ausweitung des EU-Budgets und damit auch der deutschen Zahlungen nach Brüssel zur Folge gehabt. Deshalb lag es auch im Interesse Deutschlands, dass in der finanziellen Vorausschau als Finanzrahmen für die Jahre 2007-2013 ein niedrigeres EU-Budget festgeschrieben wurde, als zunächst vorgeschlagen worden war. Für Deutschland reduzierte sich der Bruttobeitrag in diesem Zeitraum im Vergleich zu den Vorschlägen um rund 25 Milliarden Euro, während gleichzeitig die neuen Länder in dieser Finanzperiode 225 Millionen Euro mehr bekommen als ursprünglich vorgesehen.¹³ Insofern ist die Gewinner-Verlierer-Rechnung nicht so eindeutig, wie sie ursprünglich aussah.

Neben den reduzierten Finanzmitteln hat auch die Lissabon-Orientierung der europäischen Strukturpolitik ihre Auswirkungen auf die Umsetzung in Deutsch-

land. So ist eine stärkere Zielorientierung in den regionalen Programmen festzustellen. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass die Länder an Flexibilität einbüßen, da die Gelder an die Ziele gebunden sind. Reaktionen auf kurzfristige politische Herausforderungen, wie sie noch in der vergangenen Förderperiode möglich waren, sind damit erschwert. Allerdings können durch die klarere Zielsetzung die Begehrlichkeiten bei den Empfängern der Fördermittel (den durchführenden Akteuren wie Kammern, Verbände etc.) geringer sein, da sie durch die konkreten Zielvorgaben künftig schwerer zu begründen sind.

Mithilfe der starken Zielorientierung scheint die Kommission ihre herausgehobene Stellung bei der Ausrichtung der Strukturpolitik zu festigen. Das stufenweise Herunterbrechen der Lissabon-Ziele von der europäischen bis hin zur regionalen Ebene hat zur Folge, dass Änderungen auf europäischer Ebene direkte Auswirkungen auf die Regionen haben könnten, etwa durch veränderte Fördermöglichkeiten. Da die Kommission bei der Formulierung und Durchsetzung der Lissabon-Agenda eine wichtige Rolle spielt, wäre damit indirekt ein Einfluss auf die nationale und regionale Ausrichtung der Strukturpolitik gegeben – eine „schleichende Zentralisierung“ (Bauer/Knöll 2003). Hinzu kommt, dass der Kommission schon zuvor eine bedeutende Stellung zukam, da sie die Genehmigungsbehörde war und ist und obendrein über die Beihilfenkontrolle eine wichtige Kontrollfunktion ausübt. Durch die starke Bindung der Mittel an die Lissabon-Ziele – in Deutschland werden 81 Prozent der Mittel im Konvergenzziel und 71 Prozent im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ an Lissabon-Ziele gebunden (Europäische Kommission 2007) – verlieren umkehrt die Mitgliedstaaten und deren Regionen an Flexibilität. Ziele, die die Länder und der Bund nicht mit Geldern aus den Strukturfonds erreichen können, weil diese von der Kom-

mission nicht genehmigt würde, könnten sich künftig verstärkt in der Gemeinschaftsaufgabe wiederfinden – ein entsprechender Konsens zwischen Bund und Ländern vorausgesetzt.

Jedoch haben die starke Zielbindung und die Definition konkreter quantitativer Zielvorgaben den Vorteil, dass die Maßnahmen künftig besser evaluiert werden können und damit die Wirksamkeit der Strukturpolitik transparenter wird. Damit wird die rechtzeitige Anpassung von Programmen oder konkreten Projekten erleichtert, wenn festgestellt wird, dass die selbstgesteckten quantitativen Ziele nicht erreicht werden. Die zunehmende Transparenz kann außerdem dazu beitragen, dass die Frage nach der politischen Verantwortlichkeit für das Erreichen oder Verfehlen der Ziele leichter beantwortet werden kann.

Anmerkungen

- 1 Die Begriffe „Strukturpolitik“ und „Regionalpolitik“ werden hier synonym verwendet.
- 2 Im Jahr 2007 hat eine weitere Erweiterung der Europäischen Union um Bulgarien und Rumänien stattgefunden. Für diese beiden Länder liegt derzeit noch nicht genügend belastbares Material vor, so dass sich dieser Artikel auf die Staaten der EU-25 konzentriert. Da die beiden neuen Mitglieder zu den armen Ländern der EU zählen, kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass sich die substanziellen Aussagen dieses Beitrages auch auf diese beiden Länder übertragen lassen.
- 3 Die anderen Gemeinschaftsinitiativen fallen künftig unter das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ oder werden anderen Politikfeldern (z.B. LEADER+ der Agrarpolitik) zugeordnet.
- 4 Die Zahlen entstammen einer Auflistung des brandenburgischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, abrufbar unter: www.esf-brandenburg.de/sixcms/media.php/land_bb_boa_01.c.31325.de.
- 5 http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/region/index_de.htm.
- 6 Die Informationen hierzu stammen aus zwei Interviews, die der Verfasser am 4. Mai 2007 mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg führte.
- 7 <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Europa/EU-Strukturpolitik/foerderung-2000-2006,did=143862.html>.
- 8 http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/fonds/index_de.htm.
- 9 http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/fonds/index_de.htm.
- 10 Auf das Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ entfallen 851 Millionen Euro; Zahlen nach http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/fonds/index_de.htm.
- 11 Zahlen (ohne Gemeinschaftsinitiativen) nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie unter www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/pdf/E-eu-mittel-deutsche-strukturfondsprogramme_proper-ty=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf.
- 12 Ein Großteil der hier aufgeführten Argumentation basiert auf den Erkenntnissen aus den beiden vorgenannten Interviews am Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.
- 13 <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Finanzierung/FinVorschau07-13.html>.

Literatur

- Anderson, J. 1996: Germany and the Structural Funds: Unification leads to Bifurcation, in: Hooghe, L. (Hrsg.): Cohesion Policy and European Integration: Building Multi-Level Governance, Oxford: Oxford University Press, S. 163-194.
- Bauer, M. W./Knöll R. 2003: Die Methode der offenen Koordinierung: Zukunft europäischer Politikgestaltung oder schleichende Zentralisierung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2, S. 33-38.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: Nationales Reformprogramm Deutschland. „Innovation forcieren – Sicherheit im Wandel fördern – Deutsche Einheit vollenden“, Berlin.

- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2007: Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007-2013, Berlin.
- Conzelmann, Th. 2002: Große Räume, kleine Räume. Europäisierte Regionalpolitik in Deutschland und Großbritannien, Baden-Baden: Nomos.
- Deissler, V. R. 2002: Die Beteiligung lokaler Akteure an der europäischen Strukturpolitik. Der Einfluss des Partnerschaftsprinzips der Europäischen Gemeinschaft auf institutionelle Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland (Magisterarbeit), Tübingen.
- Deutscher Bundestag 2007: Sechsendreißigster Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2007-2010, Drucksache 16/5215, Berlin.
- Dinan D. (Hrsg.) 2000: Encyclopedia of the European Union, Updated Edition, Basingstoke: Macmillan.
- Europäische Kommission 2005a: Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates, KOM (2004) 24, Brüssel.
- Europäische Kommission 2005b: Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung 2005-2008, KOM (2005) 141 endg., Brüssel.
- Europäische Kommission 2006: Die Strategie für Wachstum und Beschäftigung und die Reform der europäischen Kohäsionspolitik. Vierter Zwischenbericht über den Zusammenhalt. KOM (2006) 281 endg., Brüssel.
- Europäische Kommission 2007: Kohäsionspolitik 2007-2013: Die Kommission genehmigt den deutschen Plan und seine Schwerpunkte, Pressemitteilung IP/07/637 vom 9. Mai 2007, Brüssel.
- Europäischer Rat 2000: Schlussfolgerung des Vorsitzes, SN 100/00; abrufbar unter <http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/2327D88E-1ED4-4CAE-9C7C-B67053C66DBC/0/SchlussLissabon2000.pdf>.
- Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Sturm, R./Pehle H. 2005: Das neue deutsche Regierungssystem, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.